

Pressestimmen

AMTSANTRITT VON POROSCHENKO

Süddeutsche Zeitung

„Amtsantritt“ Die ersten Reaktionen auf Amtsantritt und Rede des neuen ukrainischen Präsidenten waren positiv, und er hat ja auch viel richtig gemacht – menschlich und politisch. Aber er kündigt auch an, die ukrainische Armee stärken zu wollen. Dabei kann sich das Land eines jetzt am wenigsten leisten: eine Investition in den Konflikt mit Russland, statt in die Zukunft der Ukraine.

■ Süddeutsche Zeitung, München

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

„Herausforderung“ Poroschenko wird tief in den politischen Instrumentenkasten greifen müssen, um die brodelnde Ostukraine zu beruhigen und die Energieversorgung zu sichern. Und er weiß genau, dass er diese Herausforderungen nur mit Russland stemmen kann. Poroschenkos wendige Biografie kann ein Indiz sein, dass er den Dialog mit Russland schafft. Der Ukrainer hat schließlich gelernt, Deals zu machen.

■ Leipziger Volkszeitung, Leipzig

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

11. Juni

■ **1944:** Zweiter Weltkrieg: Mit der Vereinigung der Brückenköpfe in der Normandie ist die Landung der Alliierten definitiv gelungen.

■ **1955:** 24-Stunden-Rennen in Le Mans: Der Mercedes des Franzosen Pierre Levegh gerät außer Kontrolle und fliegt in die Zuschauerränge. Er und 80 Zuschauer werden getötet.

■ **Geburtstag:** Jackie Stewart, schottischer Autorennfahrer (1939)

■ **Todestag:** John Wayne, US-Filmschauspieler (1907–1979)

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 27) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieft



Im Zirkus „Europa“

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Reuven Rivlin

Der ehrliche Vollblutideologe

Von Heidi Riepl

Ich gehöre jetzt allen, ich gehöre dem Volk“, sagte Reuven Rivlin. Der Likud-Politiker war nach seiner Wahl zum 10. Präsidenten Israels sichtlich gerührt. Schließlich war es bereits sein zweiter Anlauf auf das höchste Staatsamt. 2007 hatte der frühere Parlamentspräsident noch mit Tränen in den Augen gegen Shimon Peres verloren.

Die Israelis nennen ihn „Rubi“. Der überzeugte Vegetarier mit der prominenten Nase ist einer der wenigen Politiker, die bodenständig und bescheiden geblieben sind. So entblößte sich der 74-Jährige auch als einziger, der vor den Wahlen seine Steuererklärung veröffentlichte, als Mann der unteren Mittelklasse. Der Vater von vier Kindern besitzt demnach nichts außer einer kleinen Wohnung in Jerusalem und einem Mittelklassewagen. Während israelische Minister reihenweise der Korruption überführt wurden, ernannten ihn Nichtregierungsorganisationen sogar zum „Ritter redlicher Verwaltung“.

Doch so bescheiden und ehrlich Rivlin sein mag, so extrem sind seine politischen Ansichten. Anders als sein Vorgänger Shimon Peres ist er ein dezidiert Gegner einer Zweistaatenslösung. Er würde den Palästinensern eher die israelische Staatsbürgerschaft geben als ihnen einen eigenen Staat gewähren, sagt er. Der Vollblutideologe ist einer der letzten konsequenten Vertreter der Idee, dass es westlich des Jordans nur den Staat Israel geben darf.

Mit seiner Bereitschaft, auch seine politischen Widersacher anzuhören, gewann Rivlin aber selbst bei den Linken und der arabischen Minderheit Freunde. Parteiintern ist der glü-



Der 74-jährige „Rubi“ wurde zum 10. Präsidenten Israels gewählt.

Foto: Reuters

hende Fußballfan vielen jedoch zu selbstständig, da er sich nur ungern an die Richtlinien seiner Partei hält. Mit Regierungschef Benjamin Netanjahu hat er sich sogar verworfen. Dieser hatte nur zähneknirschend seine Kandidatur unterstützt. Rivlin hatte nämlich offen ausgesprochen, was ohnehin jeder in Israel weiß: „Im Gegensatz zu Netanjahu, der in allen Entscheidungen seine Frau befragt, entscheide ich selbstständig“, sagte er.

Leitartikel

Von Stephanie Pack



Altes Machtspiel, neuer Gegner

Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel hat sich in Schweden mit den erbittertesten Gegnern von Jean-Claude Juncker getroffen: Dem britischen Premier David Cameron, dem niederländischen Mark Rutte und dem schwedischen Frederik Reinfeldt. Um die Nominierung des Kommissionspräsidenten ist es bei dem Mini-Gipfel zwar offiziell nicht gegangen, Merkel hat aber eine Sache in Bezug darauf auf den Punkt gebracht: Die Entscheidung für den nächsten Chef der höchsten EU-Behörde muss im Einklang zwischen Parlament und Rat gefällt werden. „Wenn wir klug sind, dann respektieren wir uns als unterschiedliche Institutionen“, sagte die Kanzlerin.

Eine gemeinsame Entscheidung von Rat und Parlament ist allerdings weit mehr als eine Sache von Respekt oder eine Goodwill-Aktion der Staats- und Regierungschefs. Bis-

lang haben sie quasi im Alleingang die Toppositionen besetzen können. Seit dem Vertrag von Lissabon hat das Parlament aber auch

aus juristischer Sicht ein Wörtchen mitzureden, es wählt letztlich den Präsidenten der Kommission. Diese Machtverschiebung müssen die Staatschefs akzeptieren – ob es den Herren Cameron, Rutte und Reinfeldt gefällt oder nicht.

Die Nominierung eines Kandidaten macht das aber nicht einfacher. In der Regel wird in der EU-Politik nach Kompromissen gesucht – diesmal nicht nur unter den Staatschefs selbst, sondern eben auch mit dem Parlament. Zu viele Positionen scheinen aber in Stein gemeißelt: Die Abgeordneten wollen nur einen Spitzenkandidaten zum Kommissionspräsidenten wählen, mehrere Staatschefs bekennen sich eindeutig zum Luxemburger Juncker, Cameron will ihn verhindern – scheinbar um jeden Preis. Wie hoch Camerons Preis tatsächlich ist, wird sich in den kommenden Wochen zeigen.

Merkel wird beim Treffen in Schweden ausgelotet haben, welche Zugeständnisse die derzeitigen Gegner für ihre Unterstützung Junckers fordern. Beim EU-Gipfel Ende des Monats wird von den Staats- und Regierungschefs jedenfalls die Nominierung eines Kandidaten erwartet. Bis dahin müssen sie einen Kompromiss finden. An Juncker dürfte dabei kaum ein Weg vorbeiführen, außer er nimmt sich selbst aus dem Rennen. Auf eine Rücknahme seiner Kandidatur hat zuletzt allerdings nichts hingedeutet. Im Gegenteil: „Mister Euro“ zeigte sich kampfbereit.

✉ s.pack@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Warum die Schweizer gerne Steuern zahlen

In der aktuellen Diskussion um die Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich wird die Schweiz gerne als Beispiel herangezogen. In der Tat erheben in der Schweiz alle Kantone und Gemeinden eine Vermögenssteuer, ca. im Umfang von durchschnittlich zwei bis vier Promille des Reinvermögens.

Doch das eidgenössische Steuerwesen bietet viel mehr als eine Vermögenssteuer, das man sich hierzulande anschauen könnte. Beginnen könnte man beim Föderalismus, der insbesondere im Steuerwesen sehr stark zum Ausdruck kommt. Dies bedeutet, dass in der Schweiz sowohl der Bund

als auch die Kantone und die Gemeinden eigene Steuern erheben und über den daraus fließenden Ertrag verfügen können.

Dadurch kommen auch unterschiedliche Steuertarife zur Anwendung, was zu einer differenzierten Steuerbelastung je

nach Wohnort führt. Gemeinden, Städte und Kantone stehen in einem steten Steuerwettbewerb zueinander. Durch die Verlegung des Wohnsitzes in eine andere Gemeinde kann jeder in der Schweiz seine Steuerbelastung um bis zu 50 Prozent reduzieren. Der Steuerwettbewerb drückt sich aber



VON TEODORO COCCA

Kinderbetreuung, Soziales, etc.).

Es liegt auf der Hand, dass Behörden in einem solchen Umfeld eine ganz andere Beziehung zu ihren „Kunden“ entwickeln. Dieser Steuerwettbewerb scheint gut zu funktionieren. Die Schweiz weist eine der effizientesten öffentlichen Verwaltungen sowie eine

sehr niedrige Steuerbelastung und Staatsverschuldungsquote auf.

Doch der eigentliche Unterschied liegt in einem besonderen Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern. In einer kürzlich veröffentlichten repräsentativen Studie gaben 60 Prozent der befragten Schweizer an, froh zu sein, in ihrem Land Steuern zu zahlen, in Österreich war es nur ein Drittel.

Bezüglich der Verwendung der Steuergelder im eigenen Land zeigte sich ein Drittel der Schweizer zufrieden, aber nur sechs Prozent der Österreicher. Ob man also gerne Steuern zahlt oder nicht, hat nicht nur mit dem zu

entrichtenden Betrag etwas zu tun. Es geht auch um die Wahrnehmung darüber, wie effizient und sinnvoll das Geld eingesetzt wird.

Die Verfechter einer Vermögenssteuer greifen viel zu kurz, wenn sie die Schweiz nur als Beispiel für die Umsetzung einer Steuer auf das Vermögen heranziehen. Zentral am Schweizer Steuersystem sind vielmehr Effizienz und Wettbewerb in der öffentlichen Verwaltung. Darüber könnte man jetzt auch in Österreich nachdenken.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU